



Würde ist nicht verhandelbar: Warum Klimaschutz uns alle betrifft

beyond: content



Über Würde – Teil 2

„Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Im ersten Teil unserer Reihe ging's darum, dass würdevolles Handeln nicht laut ist und durch innere Haltung die Welt verändern kann. Wir haben festgestellt, dass Würde nicht nur geschützt werden, sondern vor allem gelebt und gespürt werden will. Heute bringen wir das Ganze noch **stärker in Bezug zur Klimakrise**. Denn Menschenwürde und Klimagerechtigkeit sind untrennbar. Die Menschenwürde sollte kein verhandelbares Gut sein – zumindest ist das (noch) so in Deutschland. Sie ist die Prämisse aller Grundrechte. Heute, fast 80 Jahre nach den Grundgesetzvätern, stellt der Klimawandel diese Garantie auf eine neue, globale Probe.

Philosophisch gesehen wurzelt diese Untrennbarkeit in der Erkenntnis, dass Würde die Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens für alle umfasst – auch für künftige Generationen. Hans Jonas (1903–1993), ein deutsch-amerikanischer Philosoph jüdischer Herkunft, formulierte bereits 1979 im „Prinzip Verantwortung“ den ökologischen Imperativ, etwas sperrig, nämlich so:

„Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Was heißt das? Es bedeutet, kurzgesagt, dass unser heutiges Handeln – oder Nichthandeln – nicht nur die Gegenwart, sondern die gesamte Zukunft menschlichen Lebens auf diesem Planeten prägen muss. **Wir dürfen keine irreversiblen**

Schäden verursachen, die kommenden Generationen die Möglichkeit nehmen, ein Leben in Würde zu führen.

Zumindest die oberste deutsche Justiz ist damit voll d'accord. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 in seinem historischen Klimabeschluss klargestellt: Der Staat schuldet auch zukünftigen Generationen den Schutz ihrer Freiheit – eine direkte Ableitung aus den Grundrechten und damit letztlich aus Artikel 1 GG.

Was heißt das aber für unser konkretes Leben?

Wir müssen bloß die Medien verfolgen und sehen bereits heute, wie konkret der Klimawandel zu Verletzungen der Menschenwürde führt – besonders deutlich wird das bei der **Klimamigration**. Schon heute werden Millionen Menschen durch klimabedingte Katastrophen oder weil ihre Heimat schlicht unbewohnbar wird aus ihrer Heimat vertrieben. Das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), eine internationale NGO mit Sitz in Genf, die sich auf Daten und Analysen zu Binnenvertreibung (internally displaced persons, „IDPs“) spezialisiert hat, zeigt, dass Ende 2023 allein 7,7 Millionen Menschen durch Wetter- und Klimakatastrophen intern, also durch Wanderungsbewegungen innerhalb von Ländern, vertrieben waren. Der World Bank „Groundswell“-Bericht prognostiziert, dass bis 2050 bis zu 216 Millionen Menschen allein aufgrund von Klimaveränderungen innerhalb ihrer Länder migrieren müssen – vor allem in den vulnerabelsten Regionen Afrikas, Südasien und Lateinamerikas. Diese Menschen verlieren nicht nur ihr Zuhause, sondern oft auch ihre Lebensgrundlage, kulturelle Identität und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung.

Deutlich wird die Ungerechtigkeit auch bei der globalen **Ressourcenverteilung**. Die ärmsten Länder emittieren pro Kopf teilweise mehr als hundertmal weniger CO₂ als Industrienationen wie Deutschland – und tragen doch die schwersten Folgen: Dürren, Überschwemmungen, Ernährungsunsicherheit und Konflikte. Der UN-Menschenrechtskommissar (OHCHR) betont, dass der Klimawandel die „inhärente Würde, die einem Menschen allein dadurch zukommt, dass er ein Mensch ist – unabhängig von Leistung, Verhalten, Status, Gesundheit oder Anerkennung durch andere – und den gleichen Wert aller Menschen“ untergräbt, indem er bestehende Vulnerabilitäten massiv verstärkt und grundlegende Rechte auf Leben, Gesundheit, Nahrung und Wohnung aushöhlt.

Klimagerechtigkeit ist deshalb keine bloße moralische Forderung, sondern **eine verfassungsrechtliche und menschenrechtliche Pflicht**. Das Pariser Abkommen nennt das „common but differentiated responsibilities“. Ob's nun politisch gewollt ist oder nicht: Deutschland als historisch großer Emittent kann sich dieser Verantwortung weder moralisch noch rechtlich entziehen.

Wer die Menschenwürde ernst nimmt, muss Klimagerechtigkeit leben – in der Politik ebenso wie im eigenen Alltag. Denn Würde ist kein abstraktes Prinzip. **Sie ist das, was wir gemeinsam schützen – oder gemeinsam verlieren.**

Mit Liebe erstellt von beyond content. Wir hoffen, dir mit unseren Geschichten Mut zu machen!

Dieses Content-Piece ist online verfügbar unter
<https://www.beyond-content.de/geschichten/2026/06/19/wuerde-teil-2/>.

beyond : content

© 2026 – beyond content gGmbH – www.beyond-content.de